

Pkw-Maut

Nur eine Etappe

Von Claus Schöner

Da haben sich einige zu früh gefreut, die auf eine große Schlappe für CSU-Chef Horst Seehofer und seinen Maut-Minister Alexander Dobrindt gehofft hatten. Viel sprach dafür, dass der Bundesrat die Pkw-Maut in den Vermittlungsausschuss verweisen und verzögern würde. Doch in der Nacht vor der Abstimmung glühten in Berlin die Drähte, und offensichtlich haben Seehofer und Dobrindt ganze Überzeugungsarbeit geleistet. Und die Maut-Gegner in der Länderkammer? Wie Tiger gestartet, wie Bettvorleger gelandet: Sie haben die Maut abgenickt.

Es ist ein Triumph für die CSU. Zeitweise hätte niemand in Berlin darauf gewettet, dass die Infrastrukturabgabe, die einst als „Ausländer-Maut“ angepriesen wurde, tatsächlich mit dem Segen der EU-Kommission beschlossen wird. Wahrscheinlich nicht einmal Dobrindt selbst. Eingeführt allerdings ist die Maut noch nicht. Der Europäische Gerichtshof könnte sie noch stoppen. Oder eine künftige Bundesregierung. Doch selbst wenn sie wirklich 2019 wie versprochen für deutsche Fahrer aufkommensneutral eingeführt wird – sie ist nur eine Etappe.

Angenommen, es kämen, woran große Zweifel bestehen, tatsächlich die von Dobrindt erwarteten 500 Millionen Euro im Jahr zusammen – es wäre nicht annähernd die Summe, die benötigt wird, um den Investitionsbedarf im Autobahn- und Fernstraßenbau zu decken. Es werden jährlich bis zu 8,3 Milliarden Euro benötigt, lockergemacht hat der Staat hingegen in den jüngsten Jahren im Schnitt gut fünf Milliarden. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Fahrer stärker zur Kasse gebeten werden.

NATO/Zwei-Prozent-Ziel

Standhaft bleiben

Von Thorsten Henke

Deutschland ist weit entfernt vom Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben. Die Einhaltung bis 2024 ist völlig illusorisch, da hat Außenminister Sigmar Gabriel völlig recht. Dafür müsste so viel Geld in die Bundeswehr gepumpt werden, wie diese gar nicht aufnehmen könnte. So richtig es grundsätzlich ist, die Ausgaben zu erhöhen – der Sicherheitsbegriff muss weiter gefasst werden. Denn nicht alleine die Mittel für Waffen und Soldaten sind ein Beitrag zu mehr Sicherheit, sondern beispielsweise auch Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit, die in Bildungsprogrammen fließen, in Projekte zur Demokratisierung, zur Extremismusbekämpfung. Die ansetzen, bevor junge Menschen zu Dschihadisten und Terroristen werden. Die Bundesregierung muss in der Auseinandersetzung mit Washington hart bleiben. Zumal sie auch darauf verweisen kann, wie sehr sie die USA in Afghanistan unterstützt hat und welche Lasten Deutschland im Kampf gegen den Terror und zum Schutz der NATO-Ostflanke unternimmt. Dort also, wo sich die östlichen Bündnispartner vor Russland fürchten. Bemerkenswert deutlich hat US-Außenminister Rex Tillerson beim Treffen in Brüssel die „russische Aggression“ kritisiert. Moskau hatte nach der Wahl Donald Trumps wohl andere Töne von der US-Administration erwartet.

Pressestimmen

Bundeswehr/Syrien

General-Anzeiger

(Bonn): „Krieg ist unübersichtlich (...). Zivilisten sind kaum von Kämpfern zu unterscheiden – erst recht nicht, wenn die Terrormiliz IS sie als Schutzschilde missbraucht. Dass bei Luftschlägen keine Fehler passieren, wäre naiv zu glauben – so naiv wie die Annahme, dass das sterile, ohne Häuserkampf und Körperkontakt gewonnene Aufklärungsmaterial deutscher Jetpiloten keine Opfer zur Folge hätte.“

Der neue Tag

(Weiden): „Bei dem Vorfall im nordsyrischen Al-Mansura (...) soll es mehr als 30 zivile Opfer gegeben haben. Eine große Tragödie, an der die Bundeswehr indirekt beteiligt war – daran gibt es nichts zu deuteln. Sicher ist zu klären, ob diese Tragödie zu verhindern gewesen wäre. Ob beim Auskundschaften des Ziels tatsächlich Fehler gemacht wurden, oder ob man den Tod dieser Menschen sogar wissentlich in Kauf nahm.“



„Für viele ein attraktives Paket“

Der Politikwissenschaftler Thorsten Benner über die Bedrohung der liberalen Demokratie

Baden-Baden – Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama schrieb Anfang 1992 vom „Ende der Geschichte“. Gemeint war, dass sich die liberale Demokratie nach dem Ende der UdSSR weltweit durchsetzen würde. Ein Vierteljahrhundert später scheint der autoritäre Nationalismus auf dem Vormarsch. Warum das so ist, und was liberale Demokratien tun sollten, erklärt der Politikwissenschaftler Thorsten Benner im Interview mit BT-Redakteur Thomas Trittmann.

Interview

BT: Herr Benner, was hat den globalen Siegeszug der liberalen Demokratie, an den man in den 90er Jahren glaubte, gestoppt?

Thorsten Benner: Liberale Demokratie heißt Gewaltenteilung, Rechtsstaat und Minderheitenrechte, Dauerwettbewerb der Interessengruppen. All das setzt politische Eliten voraus, die solche Machtbeschränkungen akzeptieren. Diese sind weit seltener zu finden, als viele im Enthusiasmus nach dem Fall der Mauer glaubten. Machterhalt, Selbstbereicherung und Verteilung von Pfünden an die eigene Klientel sind in einem autoritären System viel besser möglich. Zu dieser Erkenntnis ist etwa der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan gekommen, weshalb er jetzt seine autoritäre Herrschaft zu zementieren versucht.

BT: Und die Bürger machen das einfach mit?

Benner: Die Menschen akzeptieren liberale Demokratien dann, wenn sie dauerhaft Wohlstand und Stabilität garantieren. Gerade in den postkommunistischen Gesellschaften waren die 90er Jahre für viele traumatisierend, weil sich Wohlstandsversprechen als illusorisch erwiesen haben. Und auch im Westen haben sich immer mehr Zweifel entwickelt, die sich etwa aus Angst vor sozialem Abstieg oder Zuwanderung speisen. Und die Dauerkrisen der EU und des Euro haben ein Übriges getan.

BT: Was aber macht den Nationalismus und den Autoritarismus attraktiv?

Benner: Ein Führer, der endlich durchgreift. Die Zugehörigkeit zu einer starken Nation mit einem klaren Feindbild nach innen wie außen. Beispiele hierfür sind der Islam oder das „versifft links-rot-grüne 68er-Deutschland“, wie es Jörg Meuthen (AfD) formuliert hat. Wenn man dazu noch das Recht auf einen garantierten Job und großzügige soziale Absicherung draufpackt, wie es Marine Le Pen in Frankreich tut, dann ist das für viele ein sehr attraktives Paket.

BT: Sind Rechtspopulismus und Nationalismus aufgrund der von Ihnen erwähnten traumatisierenden Erfahrungen der 90er Jahre denn eher ein osteuropäisches Phänomen?

Benner: Trump, FPÖ, Front National, Brexit zeigen, dass Osteuropa bei weitem kein Monopol hat. Gleichzeitig liegen aber die Länder, in denen Rechtspopulisten an der Macht sind – Ungarn und Polen – in Osteuropa. Osteuropa hat sich nach 1989 entschieden, das EU-System zu übernehmen. Das war eine freie Wahl, aber die Osteuropäer haben kein Mitspracherecht bei den Regeln gehabt, und ihre Wirt-



Die Anti-Europäerin und ihr Förderer: Wladimir Putin hat Marine Le Pen 2014 einen Kredit über angeblich 40 Millionen Euro verschafft. Foto: AFP

schaften wurden zum großen Teil von westeuropäischen Konzernen übernommen. Das fördert Ressentiments gegen das vermeintliche Diktat Westeuropas und der EU. Gleichzeitig hat die liberale Demokratie in Osteuropa flachere, weil jüngere Wurzeln. Und gerade in Ungarn ist die Desillusionierung groß. „Liberal“ ist für viele ein Schimpfwort, weil es mit den Marktreflexen der 90er gleichgesetzt wird. Diese haben den Eliten Reichtum beschert, aber sie waren eben für Teile der Bevölkerung traumatisierend – für jene, die aus den sozialen Sicherungssystemen herausfielen und im Kapitalismus nicht erfolgreich durchstarten konnten. So konnten viele Ungarn etwa dem Versprechen Viktor Orbans, für einen „illiberalen Staat auf nationaler Grundlage“ zu arbeiten, durchaus Positives abgewinnen.

BT: Warum haben viele rechtspopulistische Bewegungen enge Kontakte zur Regierung von Wladimir Putin?

Benner: Für einige wie die Front National ist Putin eine zentrale Geldquelle. Für andere eine wichtige politische Unterstützung im Kampf gegen das liberal-demokratische Establishment. Und für einige auch ein Vorbild, weil Putin mit harter Hand regiert und national-konservative Werte zu verfolgen vorgibt. Und für Putin sind die Rechtspopulisten ein perfektes Mittel, um Europa zu destabilisieren.

BT: Was sollte man Einflussnahmeversuchen aus autoritär regierten Staaten wie Russland entgegensetzen?

Benner: Zentral ist: Russland und bisweilen auch China nutzen bei der Einflussnahme unsere Schwächen aus. Trump und Rechtspopulisten sind hausgemacht, werden aber von außen instrumentalisiert, um den Keil tiefer zu treiben. Sensible Daten können gestohlen werden, weil Parteien, Bundestag und Regierung nicht angemessen in Cybersicherheit investiert haben. Lügen fallen auf fruchtbaren Boden, weil viele den etablierten Medien nicht mehr trauen. Und einige Lobbyisten, Banker und Anwälte stellen sich gern in den Dienst autoritärer Mächte. Wir sind einseitig offen, etwa bei Investitionen. An diesen Schwächen sollten wir arbeiten.

BT: Wie soll das geschehen?

Benner: Wir sollten weiterhin offenbleiben, aber uns in zentralen Bereichen härten, etwa bei der Cybersicherheit un-

len. Nur wenn wir wissen, woher die Gelder einer NGO kommen, haben wir ein vollständiges Bild.

BT: Darf eine liberale Demokratie die Unterstützung bestimmter Parteien aus dem Ausland unterbinden?

Benner: Bei Parteien- und Wahlkampffinanzierung gilt: Legale Geldflüsse aus dem Ausland können unterbunden werden. In den USA etwa darf kein einziger Dollar aus dem Ausland in den Wahlkampf fließen. In Deutschland gilt die Regel, dass nur EU-Ausländer sowie im Ausland befindliche deutsche Staatsbürger an Parteien spenden dürfen. Auf jeden Fall sollte man alle Geldflüsse transparent machen.

BT: Müssen wir selbst ein bisschen weniger liberal werden, um autoritären Tendenzen zu begegnen?

Benner: „Wehrhafte Demokratie“ ist die richtige deutsche Antwort auf das Scheitern der Weimarer Republik. Und eine Wehrhaftigkeit mit Augenmaß, die antiliberalen Kräfte aushält, aber wo nötig auch mit Nachdruck Einhalt gebietet, ist weiterhin geboten.

BT: Für wie groß halten Sie die Gefahr eines „Jahrhunderts des Autoritarismus“, vor dem Ralf Dahrendorf vor 20 Jahren gewarnt hat?

Benner: Die Gefahr ist beträchtlich. In Europa haben wir es selbst in der Hand. Wir müssen erkennen: Liberale Demokratie ist kein Selbstläufer, für sie müssen wir täglich streiten, um sie zu erhalten und zu verbessern. Wie Barack Obama gesagt hat: Bürger ist die wichtigste zu vergebende Position in der Demokratie. Wir dürfen dabei Patriotismus und Nation nicht den Rändern überlassen, sondern müssen sie von der Mitte aus besetzen, im Einsatz für Europa und die offene Gesellschaft. Und da gibt es mittlerweile Lichtblicke, wie die Pulse-of-Europe-Bewegung. Oder den französischen Präsidentschaftskandidaten Emmanuel Macron, der Patriotismus mit einer starken proeuropäischen Botschaft verbindet. Selbst in Ungarn wächst eine politische Alternative heran, eine neue Partei der um 1989 Geborenen. Das macht Hoffnung.

Zur Person



Thorsten Benner. Foto: pr

Thorsten Benner (43) ist Direktor des Global Public Policy Institute (GPPi) in Berlin. Er arbeitet, gefördert von der Stiftung Mercator, am Thema „Liberale Demokratie im Zangengriff: Umgang mit Einflussnahme von außen“. Bevor er 2003 GPPi mitbegründete, war er für das UN-Entwicklungsprogramm in New York, die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin sowie das Global Public Policy Project in Washington tätig. Er unterrichtet an der Hertie School of Governance. (pr)

Impressum

Verlag
Badisches Tagblatt GmbH
Postfach 1000 33
76481 Baden-Baden
Stephanienstraße 1-3
76530 Baden-Baden
Telefon 07221 215-0
info@badisches-tagblatt.de
www.badisches-tagblatt.de

Aboservice/Zustellung
Telefon 0 800 600 8 500 (gebührenfrei!)

Geschäftsführer
Eva Ertl, Dr. Dietmar Greiser,
Wolfgang Hoffarth

Chefredakteur
Markus Langer
Stv. Chefredakteurin
Anja Groß

Resorts
Nachrichten: Anja Groß
Kultur: Christiane Lenhardt
Sport: Frank Ketterer
Journale/Sonderthemen: Michael Brenner

Leiter Lokalredaktionen
Baden-Baden: Harald Holzmann
Bühl: Gerold Hammes
Murgtal: Thomas Senger
Rastatt: Egbert Mauderer

Anzeigenleiter
Stefan Hörig

Private Kleinanzeigen
Telefon 0 800 600 8 600 (gebührenfrei!)

Vertrieb
TOP Presse-Service GmbH, Baden-Baden

Druck
Badisches Druckhaus Baden-Baden GmbH

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 63 vom 1. Januar 2017.
Bezugspreise: Abonnement: 35,50 € / Postbezug: 39,00 €